

Berlin, 1. Juli 2021  
dmil/rke



**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**

**Bundesvorstand**

## **Auftakt Tarifverhandlungen private Banken: ver.di wirft Arbeitgebern fehlenden Gestaltungswillen vor**

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) wirft den privaten Banken vor, keine Verhandlungsbereitschaft bei den Tarifverhandlungen, die heute (1. Juli 2021) in Berlin begonnen haben, an den Tag gelegt zu haben. Beim Auftakt habe die Arbeitgeberseite jeglichen Gestaltungswillen vermissen lassen. „Es kommt bei diesen Verhandlungen auf die Ausgestaltung der zukünftigen Arbeitswelt an, die sich in der Pandemie und durch die zeitgleichen digitalen Umbrüche bereits abzeichnet. Die Arbeitgeberseite setzt auf Zeit. Wir sagen: Es gibt keine Zeit zu verlieren! Wir brauchen Lösungen für die Zukunft, und zwar mit und nicht gegen die Beschäftigten“, kommentierte der ver.di-Verhandlungsführer Jan Duscheck den Verhandlungsauftritt.

Beim Gehalt wie bei den Regelungen für mobiles Arbeiten setzten die privaten BankeneArbeitgeber gleichermaßen auf Zeit. „Damit tickt ab heute die Uhr gegen die Beschäftigten. Der alte Gehaltstarifvertrag ist jetzt ausgelaufen. Mit jedem Monat ohne neue Gehaltssteigerung verlieren die Beschäftigten Geld“, so Duscheck. Obwohl das mobile Arbeiten in den letzten Monaten vielerorts in den Bankinstituten Alltag gewesen sei, hätten die Arbeitgeber auch keine Bereitschaft gezeigt, dieses Thema zukünftig verbindlich zu regeln. Unfassbar sei zudem, dass die Arbeitgeber auch das Wahlrecht für Beschäftigte zwischen mehr Freizeit und mehr Gehalt, welches sich die Beschäftigten aufgrund von zunehmenden Arbeitsdruck und Belastungen für mehr Entlastung wünschten, ablehnten. Die Begründung dafür sei lapidar: „Die Arbeitgeberseite verweist auf organisatorische Probleme. Da kann man eigentlich nur mit dem Kopf schütteln“, so Duscheck.

ver.di fordert für die rund 140.000 Beschäftigten in privaten Banken eine Erhöhung der Gehälter um 4,5 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten und eine soziale Komponente über 150 Euro, sowie ein Wahlrecht zwischen Gehalt und Freizeit und eine Regelung zur mobilen Arbeit. Die Gewerkschaft fordert, dass die Beschäftigten einen Anspruch darauf haben sollen, bis zu 60 Prozent ihrer Arbeitszeit mobil zu arbeiten. Dafür sollen sie einen Anspruch auf eine Erstaussstattungspauschale in Höhe von 1.500 Euro erhalten. Außerdem fordert ver.di eine Modernisierung der Freistellungsregelung. Dieser soll für die Geburt des eigenen Kindes nicht länger nur an den Status der Ehe gekoppelt sein, sondern muss auch für alle anderen Partnerschafts- und Familienbeziehungen gelten.

Die privaten Banken verhandeln seit 1972 erstmals getrennt von den öffentlichen Banken. Die zweite Verhandlungsrunde ist für den 26. August 2021 in Wiesbaden angesetzt.

*Für Rückfragen:  
Daniela Milutin (Pressesprecherin), 0151 16737523*

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Daniela Milutin  
ver.di-Bundesvorstand  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011  
und -1012

E-Mail:  
pressestelle@verdi.de